

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

vor genau zehn Jahren trat in Deutschland die **UN-Behindertenrechtskonvention** in Kraft. Sie galt als Meilenstein - doch trotz einer grundsätzlich guten Entwicklung im Freistaat mangelt es vielerorts noch an Barrierefreiheit, erklärten wir in einer **Aktuellen Stunde des Bayerischen Landtags**:

Unüberwindbare Schwellen, fehlende Rampen oder nicht vorhandene barrierefreie Toilettenanlagen bleiben vielerorts ebenso ein Ärgernis wie Arztpraxen und Gaststätten, die nicht barrierefrei zugänglich sind. Oder Elektroautos, die für blinde Menschen nicht als Gefahr zu erkennen – sprich: zu hören – sind. Seit zehn Jahren haben wir durch die UN-Behindertenrechtskonvention eine gesetzliche Grundlage für den Kampf um mehr Inklusion. Jetzt müssen wir gemeinsam dafür sorgen, ein Bayern für uns alle zu gestalten. Bayern barrierefrei bis zum Jahr 2023 scheint uns dabei zwar mehr als utopisch, aber eine Einbeziehung aller Betroffenen auf Augenhöhe in alle Entscheidungen zur Inklusion und Barrierefreiheit wird die grundlegende Voraussetzung für eine bessere Umsetzung der Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention sein. Es bleibt noch viel zu tun.



R ü c k b l i c k

Versandapotheken aus dem Ausland dürfen Rabatte auf in Deutschland verschreibungspflichtige Arzneimittel gewähren, während inländische Präsenzapotheken an die Arzneimittelpreisbindung nach deutschem Recht gebunden bleiben. Das ist eine wettbewerbsverzerrende Ungerechtigkeit, die wir FREIEN WÄHLER nicht länger hinnehmen wollen. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir ein **Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln**. Denn der Versandhandel stellt eine ernsthafte

Bedrohung für die Versorgungssicherheit der Menschen in Bayern dar. Schließlich verkaufen Präsenzapotheken vor Ort nicht allein Fertigarzneimittel, sie sind vielmehr eine wichtige Anlaufstelle für Ratsuchende in allen Gesundheitsfragen. Insbesondere gewährleisten sie einen Apothekennotdienst an 365 Tagen rund um die Uhr – auch zu Abend-, Nacht- und Wochenendzeiten sowie an Feiertagen. Bestrebungen des Bundes für eine verbesserte Honorierung der Nacht- und Notdienste sowie von Beratungsleistungen sind zu begrüßen, das allein genügt jedoch nicht. Deshalb bitten wir die Staatsregierung, sich auf Bundesebene weiterhin für ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln einzusetzen – so, wie es in den meisten Mitgliedstaaten der EU längst gültige Praxis ist. So schützen wir unsere Apotheken im Freistaat langfristig.

In Bayern leben heißt sicher leben! Das hat die **Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2018** erneut gezeigt. Bayerns Polizeibeamtinnen und –beamte haben eine hervorragende Aufklärungsquote von 64,5 Prozent erzielt – dafür gilt es Danke zu sagen. Besonders erfreulich ist der überdurchschnittliche Rückgang bei den Wohnungseinbrüchen. Sorgen bereiten uns hingegen die wachsenden Betrugsfälle im Internet. Ein Großteil kann in der Kriminalstatistik nämlich gar nicht auftauchen, weil der Ort, an dem der Täter gehandelt hat, nicht bekannt ist oder dieser aus dem Ausland agiert. Deshalb sollten gerade in diesem Deliktsbereich mehr Ermittlungsvorgänge von Spezialdienststellen übernommen werden. Dies brächte eine noch bessere Aufklärungsquote – und manchem Opfer Schadenswiedergutmachung. Auch die Ausrüstungs- und Ausstattungsstandards sowie die Personalstärke der Polizei liegen uns am Herzen: Sie auf hohem Niveau zu halten ermöglicht auch künftig effektive Ermittlungsarbeit.

Eine weitere gute Nachricht betrifft Bayerns Pädagogen: Die Staatsregierung will die Befristung von Lehrerstellen nach und nach abschaffen. Ein Sonderprogramm soll vor allem denjenigen befristeten Angestellten einen Einstieg in den Staatsdienst ermöglichen, die über eine vollständige Lehrerausbildung verfügen und sich als zuverlässige Aushilfen bewährt haben. Hierzu sieht der Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 die Umwandlung von Personalmitteln für befristete Verträge in Stellen vor. Die Details zur konkreten Umsetzung des Sonderprogramms, das bereits zum Schuljahr 2019/2020 starten soll, werden von Kultusminister Michael Piazolo aktuell geklärt.

Beschäftigt haben wir uns auch mit dem Lebensbezug der bayerischen Schulen – den möchten wir weiter stärken. Den **Welttag der Hauswirtschaft** am vergangenen Donnerstag haben wir genutzt, um der Öffentlichkeit bewusst zu machen, dass hauswirtschaftliches Können und Wissen eine wichtige Grundlage für die Bewältigung des alltäglichen Lebens darstellen. Dinge, die von klein auf vermittelt und eingeübt werden müssen. Allgemeinbildende Schulen stehen daher ebenso wie berufliche Schulen in der Pflicht, Schülerinnen und Schülern nicht nur Fachkompetenzen zu vermitteln, sondern auch Gesundheitsförderung, ökonomische und hauswirtschaftliche Bildung sowie Verbraucherbildung. „Und die stellt eben viel mehr dar als nur Kochen, Putzen und Waschen. Ziel muss es sein, Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, im privaten wie öffentlichen Raum souverän zu agieren, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen ihres Handelns zu reflektieren und eine bewusste Haltung zum eigenen Umgang mit Konsumwünschen und -entscheidungen zu entwickeln. Gerade durch die Stärkung von Alltagskompetenzen an bayerischen Schulen kann ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung junger Menschen geleistet und die Basis für deren verantwortungsvolle und selbstbestimmte Lebensführung geschaffen werden.

Eine unserer langjährigen Forderungen zum Tierschutz trägt nun ebenfalls Früchte: Die Bundesregierung will **illegalen Tierwelpenhandel zum Straftatbestand machen**. Die entsprechende Gesetzesinitiative begrüßen wir FREIE WÄHLER ausdrücklich. Denn Bußgeldverfahren, die in vielen Fällen rasch wieder eingestellt werden, reichen nicht ansatzweise aus, um kriminelle Tiertransporte in den Griff zu bekommen. Und die meist vom Ausland aus agierenden Hintermänner werden bisher nur selten gefasst. Es ist Zeit zu handeln!

Bayern ist nicht nur ein erfolgreicher Technologiestandort – Bayern ist Bauernland! Unsere Kulturlandschaft hat ihre Schönheit und Anmut in vielen Fällen erst durch die Anstrengungen der Landwirte erlangt. Diesen täglichen Fleiß der knapp 90.000 landwirtschaftlichen Betriebe gilt es stärker anzuerkennen, haben wir in dieser Woche gefordert – und klargemacht: Den Kampf gegen das Artensterben müssen wir alle mittragen – nicht nur diejenigen, die dazu ohnehin beitragen. Bayerns Bauern können eine solche Herkulesaufgabe nicht allein bewältigen! Aber sie können sich auf die FREIEN WÄHLER verlassen. Wir werden uns auch in Zukunft mit aller Kraft für die Interessen der Bäuerinnen und Bauern im Freistaat einsetzen.

Impressum

Abgeordnetenbüro:
Hintere Marktstraße 13,
92436 Bruck i. d. Oberpfalz
Telefon: 09434 / 901513
Telefax: 09434 / 901514
Email: joachim.hanisch@fw-landtag.de
Web: www.joachim-hanisch.de
